



HESSISCHER LANDTAG

26. 03. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Deutschlandticket: Teuer, ungerecht, ineffizient — Nahverkehr in Hessen braucht Qualität statt Subventionen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Flatrate-Eigenschaft des Deutschlandtickets zu einer klaren Vereinfachung der Tarifstrukturen im öffentlichen Nahverkehr beigetragen hat — ein Schritt, der grundsätzlich zu begrüßen ist.
2. Der Landtag stellt jedoch ebenso fest, dass diese Vereinfachung nicht ausreicht hat, um das zentrale Ziel — mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu bewegen — in nennenswertem Maße zu erreichen.
3. Der Landtag stellt fest, dass nur rund acht Prozent der Deutschlandticket-Nutzer tatsächlich neu für den ÖPNV gewonnen wurden, während die große Mehrheit bereits über ein Abonnement verfügte. Von einer durchgreifenden Mobilitätswende kann daher keine Rede sein.
4. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere der ländliche Raum bislang kaum vom Deutschlandticket profitiert. In vielen Regionen werden Fahrpläne ausgedünnt, die Anbindung ist unzureichend. Menschen in ländlichen Regionen leisten ihren Beitrag zur Finanzierung des Deutschlandtickets — profitieren davon jedoch kaum.
5. Der Landtag stellt fest, dass Familien im Vergleich zu Einzelpersonen finanziell benachteiligt sind. In vielen Fällen ist der eigene PKW für Familien günstiger, praktischer und sicherer als der ÖPNV — selbst mit Deutschlandticket.
6. Der Landtag betont, dass das Ticket erhebliche Haushaltsmittel bindet, ohne die strukturellen Probleme im Nahverkehr zu lösen. Statt in Zuverlässigkeit und Infrastruktur zu investieren, werden Preisnachlässe auf Kosten der Allgemeinheit gewährt.
7. Der Landtag warnt vor der weiteren Belastung der Haushalte von Land und Kommunen. Die Kombination aus Preisdeckelung, hoher Nachfrage und unzureichender Kostendeckung gefährdet die Investitionsfähigkeit der Verkehrsverbände.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Vorgaben zur CO₂-Reduzierung und der Umstieg auf klimafreundliche Antriebe ab Ende der 2020er Jahre vor allem kleine kommunale Busverbände finanziell überfordern. Dadurch droht eine weitere Ausdünnung des öffentlichen Verkehrsangebots.
9. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, die Subventionierung des Deutschlandtickets auf maximal 50 Prozent der Gesamtkosten zu begrenzen. Die Verkehrsverbände müssen die restlichen Kosten aus eigenen Einnahmen decken können, was sich konsequenterweise auch im Preis für das Deutschlandticket widerspiegeln muss.
10. Der Landtag betont, dass Investitionen in Taktung, Pünktlichkeit, Sauberkeit, verlässliche Fahrgastinformationen und moderne Infrastruktur Vorrang vor pauschalen Subventionen haben müssen. Der ÖPNV muss zuerst funktionieren – erst dann wird er zur echten Alternative zum Auto.

11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen deutlich zu verbessern. Dunkle, unbewachte Bahnhöfe und aggressive Fahrgast-Situationen schrecken viele Menschen vom ÖPNV ab — insbesondere in den Abendstunden.
12. Der Landtag spricht sich für eine umfassende Strukturreform im Bahnbereich aus. Die Trennung von Netz und Betrieb ist überfällig. Das Schienennetz soll in eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft überführt werden, während der Betrieb für fairen Wettbewerb geöffnet werden sollte.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. März 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe